

Wie die gestreuten Neuwahlgerüchte eine Eigendynamik erzeugen

Die Diskussion über vorgezogene Wahlen im Frühjahr reißt nicht ab

III HINTERGRUND

VON ANNETTE GANTNER



Es soll rund um die Weihnachtszeit passiert sein. Im engeren Umfeld von Bundeskanzler Karl Nehammer (VP) wurde das Für und Wider von vorgezogenen Neuwahlen durchgespielt. Zum Start des neuen politischen Jahres traf Nehammer die VP-Länderchefs am 14. Jänner zu einem Gespräch, um auch mit ihnen mögliche Wahltermine abzuklären. Es gab unterschiedliche Präferenzen. Seither köchelt die Neuwahldebatte und lässt sich nicht mehr so einfach einfangen – obwohl von Regierungsseite beteuert wird, dass man bis zum Ende der Periode arbeiten will.

Überraschend meldete sich am Mittwoch der Präsident der in der ÖVP einflussreichen Industriellenvereinigung Georg Knill zu Wort. Die nächsten Tage und Wochen würden zeigen, ob die Regierung noch etwas umsetzen könne. Wenn nichts mehr ginge, sei es besser, früher zu wählen, als das ganze Jahr durchzuwurschteln, bezog er Position.

„Es steht 55 zu 45“

„Es steht 55 zu 45 gegen Neuwahlen in der ÖVP“, sagt ein hoher Parteifunktionär. „Wir sind im Warteraum, in den nächsten drei bis vier Wochen wird es sich entscheiden.“ Es lasse sich nicht abschätzen, welche Eigendynamik die Neuwahldebatte erzeuge. Ein anderer VP-Spitzenfunktionär kalmiert: „Das gehört zur Mechanik der Macht. Mit der Neuwahldebatte wird das Interesse an Nehammers Rede befördert.“

Am Freitag hält Nehammer seine groß geplante Ansprache in Wels. Viele Inhalte seines Österreichplans wurden bereits in den vergangenen Tagen publik: von einer Senkung der Lohnnebenkosten über eine Reform der Sozialleistungen bis hin zum Genderverbot in der Verwaltung. Dass Nehammer in Wels Neuwahlen ausruft, wird nicht erwartet. Schließlich würde er damit die mühsam erarbeiteten politischen Inhalte aus den Schlagzeilen verdrängen.



In der ÖVP wird überlegt, die Nationalratswahl mit der EU-Wahl am 9. Juni zusammenzulegen.

Foto: APA/Steinmaurer

Bis Ende Februar müsste der Nationalrat aufgelöst werden, um Neuwahlen zu beschließen. Doch es gibt zahlreiche Unwägbarkeiten, die zu bedenken sind.

Regulär endet die Legislaturperiode am 29. September. „Für den Fall, dass früher gewählt werden soll, muss die Gesetzgebungsperiode vorzeitig von einer Mehrheit des Nationalrats beendet werden. Der Wahltermin muss vom Ministerrat einstimmig beschlossen und mit dem Hauptausschuss des Nationalrats abgeklärt werden“, sagt Parlamentarismusexperte Werner Zögernitz.

Die Volkspartei kann folglich mit den Oppositionsparteien den Nationalrat auflösen. Für den Beschluss des Wahltermins braucht sie aber die Zustimmung der Grünen. Und hier ist ungewiss, ob diese dieselben Terminvorstellungen wie die ÖVP hätten.

Die Befürworter einer Neuwahl in der ÖVP drängen auf den 9. Juni

als Wahltermin. Befürchtet wird, dass die ÖVP bei der EU-Wahl stark verliert, Nehammer würde angeschlagen in die Nationalratswahl ziehen. Dies könnte man durch eine Superwahl von EU-Parlament und Nationalrat an einem Tag umschiffen. Die Funktionäre müssten nicht zweimal wahlkämpfen, statt zwei würde nur eine Wahlkommission nötig sein.

Strittiger Wahltermin

Im Hintergrund wurden von Spitzenjuristen diese Szenarien bereits durchgesprochen. Da bei einer EU-Wahl alle wahlberechtigten EU-Bürger, die in Österreich leben, stimmberechtigt sind, würden dann am selben Tag auch die hier ansässigen Deutschen oder Rumänen in der Wahlkabine stehen. Um zu vermeiden, dass Fehler, die zu einer Wahlanfechtung führen, passieren, müssten eigentlich zwei Wahlkommissionen am 9. Juni eingesetzt werden. Andere

verweisen auf Oberösterreich, wo auch Landtags- und Gemeinderatswahlen (bei letzterer sind EU-Bürger wahlberechtigt) zeitgleich stattfinden.

Nehammer könnte mit einem vorzeitigen Koalitionsende zeigen, dass es mit den Grünen einfach nicht mehr geht. Bei einem Teil der VP-Wählerschaft würde dies sicherlich Anklang finden.

Andere wollen hingegen noch weiterarbeiten, um offene Projekte im Gesundheitsbereich oder Maßnahmen zur Konjunkturbelebung umzusetzen, bevor man in einen Wahlkampf mit offenem Ausgang zieht. Zudem beobachtet man auch die Demonstrationen gegen rechts in Deutschland genau. Es gibt die Hoffnung, dass sich auch hier die Stimmung dreht und die Zivilgesellschaft stärker gegen die FPÖ auftritt.

Welche Position wird sich durchsetzen? Die Wahlkampfkasse der ÖVP ist jedenfalls gefüllt.